

Kolping ist wählerisch!

Eine Arbeitshilfe mit Positionen und Forderungen des

Kolpingwerks Landesverband Baden-Württemberg zur Landtagswahl 2021

Familienpolitik

Familienpolitik hat einen ganz besonders hohen Stellenwert

Für das Kolpingwerk ist die Familie das Rückgrat unserer Gesellschaft. Deshalb gilt ihr unsere besondere Aufmerksamkeit. Dass Familien heutzutage immer stärker den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht werden müssen, darf nicht im Ergebnis dazu führen, dass auch die Familienpolitik diesen Anforderungen untergeordnet wird. Das Kolpingwerk wendet sich gegen die zunehmende Ökonomisierung der Familienpolitik. Es geht nicht darum, die Familien den Interessen der Wirtschaft anzupassen, sondern die Arbeitsbedingungen den Belangen von Familien.

Vielfältige Unterstützung für Familien

Familien brauchen Freiräume, um miteinander Zeit verbringen zu können.

Wir fordern:

- Finanzielle Verlässlichkeit und breite Unterstützung. So vielfältig das Familienleben ist, so vielfältig müssen die familienunterstützenden Angebote sein.
- Betreuungsangebote und Ganztagschulen aus einer Hand sind grundlegend.
- Hinzu kommen finanzielle Hilfen in verschiedenen Lebenssituationen.
- Vor allem aber braucht es Ermutigung, sich auf Ehe und Familie einzulassen und familienfreundliche Rahmenbedingungen, die Kindergeschrei als Zukunftsmusik und nicht als ruhestörenden Lärm empfinden.

Familien übernehmen Verantwortung – bewusst in der Coronazeit

In einer durch den demografischen Wandel alternden Gesellschaft mit schwindenden Bindungen und zunehmender Vereinsamung ist die Familie eine robuste Institution, die Halt verspricht. Der Staat oder die Gesellschaft allein können das nicht leisten. Familie ist weiterhin Basis und Rückgrat der Gesellschaft und ein wichtiger Lernort für unsere Demokratie. Darüber hinaus haben Familien während der Coronazeit herausragend bewiesen, dass sie die tragende Säule der Gesellschaft sind. Es wurden die Aufgaben der Kitas und Schulen teilweise übernommen und auch die Erwerbsarbeit musste unvermindert geleistet werden. Hinzu kam die Versorgung der älteren Generation. Familien sind der sorgende Teil unserer Gesellschaft. Sie verdient allerhöchste Wertschätzung.

Wir fordern:

- Familienarbeit muss mit Erwerbsarbeit gleichgesetzt werden.
- Sorge-, Pflege- und Erziehungsjahre müssen bei der Rentenbemessung berücksichtigt werden. Menschen, die ehrenamtliche Familienarbeit erbringen und auf Erwerbsarbeit verzichten, dürfen nicht wegen fehlender Beiträge in die Rentenversicherungen in Altersarmut fallen.

Chancengleichheit für Jugendliche und junge Menschen

Für jeden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz

Auf der einen Seite sprechen die Medien von Fachkräftemangel – auf der anderen Seite bekommen die sogenannten Verlierer der Gesellschaft nicht ausreichend Unterstützung, um einen passenden Ausbildungsberuf gemäß ihrer Fähigkeiten zu finden. Diese Problematik hat in der Coronakrise an Aktualität gewonnen. Niemand darf zurückgelassen werden.

Wir fordern:

- Tutorenprogramme, die eine persönliche Beziehung aufbauen und dadurch ein Vertrauensverhältnis ermöglichen.
- Finanzielle Unterstützung von Ehrenamtlichen, die bereit sind, sich mit den Jugendlichen auf die Suche nach einem passenden Ausbildungsplatz zu machen.
- Die Bereitstellung von adäquaten Arbeitsplätzen, die Jugendlichen mit (Lern-) Behinderungen eine echte Inklusion in die Gesellschaft ermöglichen.
- Durch die Coronazeit haben junge Menschen in Bildungsfragen teilweise den Anschluss verloren. Wichtig ist es, geeignete Förderungen bereitzustellen, um eine Ausbildung zu gewährleisten.

Neutralisiertes Bewerbungsverfahren

Weiterhin werden, nicht nur Jugendliche und junge Menschen bei der Bewerbung auf einen Arbeitsplatz benachteiligt – auf Grund ihrer Hautfarbe, ihres Namens, ihres Passes, ihres Alters oder der Adresse.

Wir fordern eine stärkere Unterstützung für Unternehmen und Kommunen, die sich bereiterklären, das neutralisierte Bewerbungsverfahren verbindlich auszuprobieren.

Wir fordern:

Eine rechtliche Regelung für ein neutralisiertes Bewerbungsverfahren.

Demographischer Wandel und seine Folgen

In Würde altern

Im Kolpingwerk sind alle Generationen vertreten, auch viele Menschen, die bereits das Rentenalter erreicht haben. In Würde altern ist deshalb für uns keine leere Worthülse, sondern sollte tägliche Realität sein. Dort alt zu werden, wo man auch das Leben verbracht hat – das ist der Wunsch vieler älterer Menschen. Eine Möglichkeit dazu sind „Caring communities“ – sorgende Gemeinschaften. Vieles geschieht in diesen Gemeinschaften auf ehrenamtlicher Basis.

Wir fordern: Eine finanzielle Unterstützung des Staates für diese Vorzeigeprojekte, zum Beispiel für den Erhalt barrierefreier Begegnungsräume oder Zurverfügungstellung von seniorengerechten Fahrdiensten.

Unterstützung für pflegende Kinder

Pflege der eigenen Kinder und Pflege der alternden Eltern rücken in der heutigen Zeit immer näher zusammen. Sie fallen in manchen Fällen auch in ein und denselben Zeitraum. Gehen die Pflegenden selbst einer Erwerbstätigkeit nach, kommen sie schnell an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Die gesetzliche Pflegezeit ist eine gute Unterstützung, reicht aber in der Realität oftmals nicht aus, um die Angehörigen ausreichend zu entlasten.

Wir fordern:

- Eine angemessene ergänzende Unterstützung von pflegenden Angehörigen zum Beispiel in Form von gut geschultem und gerecht bezahltem Pflegepersonal.
- Eine flächendeckende Versorgung durch Landärzte.
- Eine angemessene Berücksichtigung der Pflegezeit mit Blick auf die Rente.



Kolping

Landesverband
Baden Württemberg

Gerechtigkeit zwischen den Generationen

Jeder Investition in die ältere Generation sollte eine Investition in die junge Generation gegenüberstehen. Nur wo ausgeglichen investiert wird, kann Zukunft stattfinden.

Wir fordern:

- Eine attraktive Infrastruktur für Familien. Kindergärten und Grundschulen müssten vor Ort erreichbar sein.
- Die Städte und Gemeinden müssen finanziell und ideell in der Lage sein, auch für wenige Kinder ein Betreuungsangebot vor Ort anzubieten (Kleinstgruppenbetreuung).

Geflüchtete

Menschen Heimat geben

Viele Menschen haben in Baden-Württemberg in den vergangenen 50 Jahren Heimat gefunden. Die Aufnahme von Geflüchteten soll auch künftig von der Landespolitik sichergestellt werden.

Wir fordern:

- Das Land muss sicherstellen, dass jeder anerkannte Asylbewerber und jede anerkannte Asylbewerberin in Baden-Württemberg eine Heimat finden kann.
- Dazu gehören eine angemessene Unterkunft, der qualifizierte Spracherwerb, die Möglichkeit einer Erwerbstätigkeit gemäß der erworbenen Qualifikation nachzugehen, eine Familie zu gründen und in Baden-Württemberg sesshaft zu werden.
- Die Integration der Menschen kann gemeinsam mit ehrenamtlich Engagierten geschehen, die für ihre Tätigkeit geschult und begleitet werden sollten.

Probleme in den Herkunftsländern bewältigen helfen

Nur wo Baden-Württemberg mithilft, dass im eigenen Land ein menschenwürdiger Lebensstil möglich ist, wird der Wunsch nach Flucht verringert.

Wir fordern:

- Die Landesregierung muss das Bildungskapital, welches ihm zur Verfügung steht, mit den Herkunftsländern teilen.
- Der Fachkräfte- und Lehreraustausch, Gastprofessuren sowie Bildung sollten so oft wie möglich im Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit stehen.

Stellung beziehen

Wo Menschenrechte verletzt werden, wo Menschen aufgrund ihrer politischen oder religiösen Meinung verfolgt werden, muss klar Stellung bezogen werden. Die Unternehmen aus Baden-Württemberg agieren weltweit.

Wir fordern:

- Menschenrechtsverletzungen dürfen nicht einfach hingenommen werden.
- Waffenlieferungen in Krisengebiete sind unter allen Umständen zu vermeiden und müssen durch diplomatische Beziehungen ersetzt werden. Die Landesregierung soll sich dafür einsetzen, dass ein Lieferkettengesetz verabschiedet wird.

Bewahrung der Schöpfung

CO₂ - Ausstoß im Ländle reduzieren

Der Klimawandel als weltweites Phänomen macht auch vor Baden-Württemberg nicht Halt. Nach Angaben der Landeszentrale für politische Bildung, hat sich die Jahresmitteltemperatur seit den 1950er Jahren um 1,5 Grad Celsius erhöht.

Wir fordern:

- Das 2013 verabschiedete Klimaschutzziel Baden-Württembergs muss für das Handeln der kommenden Regierung in den Bereichen CO₂-Reduktion, Ausbau erneuerbarer Energien sowie schonender Umgang mit fossilen Energieträgern als zentrale Richtlinie gelten.

Biodiversität zulassen

Das Landschaftsbild vom Bodensee bis hinauf nach Hohenlohe ist von Streuobstwiesen geprägt. Was an Artenvielfalt in Baden-Württemberg besteht, wird durch diverse Bauvorhaben gefährdet. Apfelsäfte, die je nach Region und Baumart unterschiedlich schmecken - ob das unsere Kinder noch erleben dürfen?

Wir fordern:

- Die Einrichtung von Schutzgebieten
- die Unterstützung von Projekten und Kleinanbauern, sowie Nebenerwerbslandwirten, die die Biodiversität erhalten.
- Ehrenamtliches Engagement zum Schutz von Biodiversität muss weiterhin unterstützt werden.

Wertewandel im Konsum

Umdenken ist angesagt im Konsum – Baden-Württemberg ist bei diesem Thema schon vorne mit dabei – aber wie geht es weiter?

Wir fordern:

- Kampagnen für regionalen und saisonalen Konsum, nicht nur in Schulen sondern auch in Betrieben sollten vorangetrieben werden.
- Eine effektive Kontrolle für eine schonende Fleischproduktion in allen Betrieben
- Unterstützung für Erzeuger bei der effizienten Vermarktung regionaler Produkte.
- Wo kann Ware aus eigenem Anbau effizienter vermarktet werden? Jeder Einzelne ist dazu aufgefordert, Verantwortung im täglichen Konsum zu übernehmen.

Aktionsideen für Kolpingsfamilien zur Vorbereitung auf die Landtagswahl

Aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie, möchte der Kolpingwerk Landesverband Baden-Württemberg von analogen Treffen mit großen Teilnehmerzahlen in geschlossenen Räumen abraten. Eine Sammlung an alternativen Ideen ist folgend aufgelistet:

- **Podiumsdiskussionen digital:** Landtagskandidaten/ Landtagskandidatinnen werden zu einem digitalen Austausch eingeladen.
- **Austausch im Freien:** Stand auf dem Marktplatz, beim Pfarrheim, in der Fußgängerzone oder beim Kolpinghaus, zu welchem Landtagskandidaten/Landtagskandidatinnen des Wahlkreises zum Austausch eingeladen werden.
- **Brief mit Fragestellung an die Kandidatinnen und Kandidaten:** Kolpingsfamilien gestalten einen Brief an die Landtagskandidaten/Landtagskandidatinnen mit Fragen, wie Sie beispielsweise zur Arbeit und dem Programm der Kolpingsfamilien stehen, und wie aus Ihrer Sicht durch Ihre Wahl eine noch fruchtbarere Zusammenarbeit mit Verbands- und Vereinstätigkeiten funktionieren könnte.
- **Forderungen festhalten:** Eine Wäscheleine, an die die WählerInnen ihre Statements/Forderungen (vorher laminieren) hängen können. Die Wäscheleine kann anschließend eingetütet und an den/die Landtagskandidaten/Landtagskandidatin geschickt oder auch übergeben werden. Alternativ wird die Leine vor Ort aufgehängt (Kolpingeigenes Gelände, Kirchengelände,...).



Kolping

Landesverband
Baden Württemberg